

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 65 (1985)
Heft: 7-8

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Anmerkungen zum Milizsystem

Das Eidgenössische Schützenfest, das diesen Sommer in Chur stattfindet, ist mehr als ein Sportanlass; es ist vor allem auch ein Ausdruck dessen, was wir als Milizsystem bezeichnen. Das Schiessen ist Volkssport und individueller Beitrag zur Verteidigungsbereitschaft zugleich. Der gewaltige Zustrom, den das Fest auch dieses Jahr gefunden hat, kann deshalb durchaus auch als Bekenntnis zum System selbst gewertet werden.

Das ändert allerdings nichts daran, dass unsere «Miliz-Gesellschaft» seit Jahren in wachsendem Masse mit Fragezeichen versehen wird. Zwar steht sowohl der militärische wie der politische Bereich nach wie vor im Ruf, trotz immer komplexeren Verhältnissen auf der Höhe der Zeit zu sein. Selbst unsere Flugwaffe mit ihrer Extremtechnologie scheint weiterhin «miliztauglich» zu sein. Und in der Politik denkt erst recht niemand ernstlich an eine Änderung, auch wenn dies mit Belastungen für die Mandatsträger verbunden ist, die das zumutbare Mass nur zu oft deutlich überschreiten.

Wir sind wie im Spitzensport im Grunde beim Zustand des «Halbprofessionalismus» gelandet, allerdings teilweise mit vertauschten Vorzeichen: Wenn es im Sport immer wieder heisst, die Stars seien Professionals im Nehmen und Amateure im Geben, so ist dies im schweizerischen Parlamentarismus eher um-

gekehrt. Auch unsere Milizarmee bringt für die Kader Opfer mit sich, die wirtschaftlich massiv ins Gewicht fallen, ohne dass die Öffentlichkeit besonders davon Notiz nehmen würde.

Den Funktionsträgern stellt dieser Sachverhalt sicherlich ein gutes Zeugnis aus. Unser Gemeinwesen lebte ja von jeher aus dieser Leidenschaft zum Staat und zur Armee heraus. Doch mit der Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis wächst auch das Gefühl, dass diese Opferbereitschaft nicht nur zu sehr strapaziert werde, sondern dass die schief gewordenen Proportionen möglicherweise auch an die Substanz des Systems selbst röhren.

Miliz bedeutet nach schweizerischem Verständnis nicht nur «nebenamtliche» Armee. Sie verkörpert vielmehr die Personalunion von Aktivsoldat und Aktivbürger. Neben der militärischen braucht es auch eine bürgerliche «Mindestdienstplicht». Sie besteht nicht unbedingt in der Übernahme öffentlicher Ämter, wohl aber in einem Mindestmass an aktivem, kritischem Mitdenken – jenem Mitdenken, wie es auch unserem Konzept der Landesverteidigung zugrunde liegt. Dieses gegenseitige Mitdenken ist insbesondere durch die extrem gewachsene Belastung bei jeder Form von Führungsverantwortung immer mehr in Frage gestellt. Dabei machte es eigentlich bisher das Wesen unseres Milizsystems aus, dass die höhere militärische Führungsver-

antwortung auf selbstverständliche Art mit der höheren politischen Verantwortung gekoppelt war, in dem Sinne, dass sie als unteilbar erschien – nicht zum vornehmerein in der Form der Kumulation von Führungsfunktionen, wohl aber in eben dem erwähnten gegenseitig mitdenkenden Geist.

Das hat lange auch ins Berufsleben ausgestrahlt. Für ungezählte Karrieren ist der Offiziersgrad auch heute noch nicht nur kein Hindernis, sondern eine wirkliche Hilfe. Anders liegen die Dinge zwischen den beiden «Milizbereichen». Es ist offensichtlich, dass die aktive gegenseitige Anteil-

nahme rückläufig ist. In der Kuminierung zusätzlich zum Beruf wird es offenbar irgendwie zuviel. Das ist nicht allein ein reines Zeitproblem. Es ist auch eine Frage der Optik und der Mentalität. Im Zeitalter der Spezialisierung wächst die Hemmung davor, über den engeren Fach- und Verantwortungsbereich hinaus so eindringlich mitzudenken, dass daraus aktive Mitverantwortung wird.

Es wird nicht einfach sein, dieser schleichenden Erosion des Milizgedankens Einhalt zu gebieten.

Richard Reich

5 Milliarden Franken für die Landwirtschaft

Fritz Leutwiler, ehemaliger Notenbankpräsident, hat am letzten Sankt-Galler Management-Gespräch mit seiner gezielten Bemerkung, der Agrarschutz koste Helvetien runde 5 Milliarden Franken, eine mittelgrosse Petarde in die wirtschaftspolitische Landschaft geworfen. Der Aufruhr ob solch frevelhaftem Tun brach denn auch prompt los. Die Agrarlobby ging sofort in Stellung und setzte zum Gegenangriff an. Scharmützel dieser Art sind auf dem Gefechtsfeld der Eidgenossenschaft eher selten. Leutwiler weiss, dass diejenigen, die sich erkühnen, die erstarren Fronten der Agrarpolitik aufzubrechen, die Taktik des schockierenden Überfalls anwenden müssen. Das ist ihm offensichtlich gelungen. Ob allerdings mehr als nur Pulverdampf auf dem Kampfgelände übrig-

bleiben wird, muss sich erst noch weisen.

Niemand in der Eidgenossenschaft ist der Meinung, der Agrarschutz solle demontiert werden. Die Agrarproduzenten sind unter den Bedingungen, die sie in der Schweiz vorfinden, international nicht konkurrenzfähig. Und es braucht wohl keine weitschweifigen und tiefschürfenden Argumente, um darzutun, dass die Landwirtschaft des *existenzsichernden Schutzes* bedarf, dass sie in eine Sonderordnung eingebettet werden muss, deren Wesen darin besteht, dass sie das Wettbewerbsprinzip einengt. Das Ziel ist *unbestritten*. Und es ist zudem noch in der Verfassung verankert.

Damit stellt sich die Frage, *wie* denn nun dieses Ziel erreicht werden kann. Die Einigkeit über das Ziel heiligt noch keineswegs die Mittel, die zu

seiner Erreichung eingesetzt werden. Ökonomie hat es bekanntlich mit der optimalen Ressourcenallokation oder mit der Frage zu tun, wie sich ein bestimmtes Ziel mit möglichst *geringen Kosten* realisieren lässt. Der von Leutwiler verursachte Wirbel ist also durchaus legitim. Über die Methode, wie die Kosten des Agrarschutzes zu berechnen sind, kann in guten Treuen gestritten werden. Dass sie jedoch, wie auch immer berechnet, nicht zu knapp zu Buche schlagen, darüber besteht kein Zweifel. Und es ist inzwischen auch jedermann offenbar geworden, dass sich die Agrarpolitik in ein heilloses Durcheinander verhaspelt hat. Überprüfung tut not.

Ist es tatsächlich ungebührlich, wenn der Finger auf diese *wunde Stelle* der schweizerischen Wirtschaftspolitik gelegt wird? Die Spielregeln der schweizerischen Wirtschaftspolitik verlangen, dass solche Probleme erst einmal in der Öffentlichkeit ausdiskutiert werden. Es braucht dazu eine Initialzündung. Leutwiler hat mit seiner unorthodoxen Initiative die Auseinandersetzung um die Frage eines kostengünstigeren Agrarschutzes in Bewegung gebracht. Dagegen ist kaum etwas einzuwenden. Im Gegenteil. Zu hoffen ist lediglich, dass dieser Vorstoß nicht, wie andere vor ihm, versanden wird.

Willy Linder

«Incertitudes allemandes»

Das war in den dreissiger Jahren der Titel eines Buches von Pierre Viénot – er wurde auch in Deutschland zu einem Begriff und wird noch heute in seiner französischen Fassung in deutschen Veröffentlichungen genannt. Damals bezog sich die Ungewissheit auf ein «brodelndes» Deutschland, auf ein Auseinanderfallen zwischen Staat und Bewegungen, Politik und Geist, auf ungewisse Grenzen, auf gefürchtete Eruptionen. Heute entspräche dem die Spaltung in zwei deutsche Staaten.

Der Tod im zweiundneunzigsten Jahr des bedeutenden Philosophen und Anthropologen Helmuth Plessner – er hat bis zur späten Rückkehr nach Göttingen mit seiner Frau Monica seinen Lebensabend nahe bei Zürich

verbracht und auch hier einen grossen Kreis von Freunden gefunden – ist Anlass, an sein Buch über die deutsche Frage zu erinnern. Es war zuerst 1935 in Zürich erschienen unter dem Titel «Das Schicksal des deutschen Geistes am Ausgang seiner bürgerlichen Epoche» und fand 1959 unter dem zügigeren Obertitel «Die verspätete Nation» weiteste und dauernde Beachtung.

Wie vor ihm Ernst Troeltsch, ging Helmuth Plessner aus von der «Differenz zwischen den Deutschen und den Völkern des alten Westens, die ihre nationalstaatliche Basis im 16. und 17. Jahrhundert gefunden hatten». Die Zeitverschiebung habe die «innere Verbindung zwischen den Mächten der Aufklärung und der Formung des

Nationalstaats in Deutschland verhindert». Den Dualismus zwischen Staat und geistiger Welt habe das Luthertum und die kirchliche Entwicklung nachhaltig verstärkt.

Dieses deutsche Wesen trage, schrieb Plessner, «die Signatur eines ewigen Frühlings in der Gebärde des Erwachens und Zu-sich-selbst-Kommens nach Jahrhunderten der Überfremdung und Selbstentfremdung, der Empörung aus untergründiger und gestaltloser Tiefe». So steht es im Vorwort von 1959. Das Buch selber – vor fünfzig Jahren in Holland geschrieben, wo Plessner einen Lehrstuhl erhalten hatte – bleibt gegenwartsnahe.

«Verspätet» – das erfasst Plessners These bestenfalls nur zum Teil. Er zweifelt am Nachholen, Deutschland bleibe in einem nationalstaatlich gegliederten Europa eine Frage. «Es wird nie mit allen seinen geschichtlichen Reserven bei einer nationalstaatlichen Lösung sein können, sie mag kleindeutsch oder grossdeutsch ausfallen, weil die Einigung des deutschen Volkes unter einer Staatsidee die Sprengung anderer Staaten zur Voraussetzung hätte.» Deutschlands Bürde sei es, «eine Geschichte tragen zu müssen, ohne das Glück der westlichen Nationen zu haben, von ihr getragen zu werden».

In der Niederlage im Ersten Weltkrieg habe Deutschland eine «welthistorische Entscheidung gegen seine letzten geistigen und politischen Möglichkeiten gesehen». Mit dieser Ausweglosigkeit habe das «spezifische deutsche Pathos weltanschaulich-philosophischer Tiefe» zu tun.

Wie kam es von einer grossen philosophischen Tradition zum «volksbiologischen Ausbruch»? Es gab eine

Beziehung zwischen der alles relativierenden Skepsis und der Entscheidung zum «Glauben». «Die Kritik fiel ihrer eigenen Idee zum Opfer.» Weil die Basis der Einheit tief unter den staatlichen Trennungslinien liegen musste, war es der «Glaube an die Verwurzelung des Volkes in natürlichen Tiefenschichten einer Rasse», der die Trennungslinien entwertete. Nunmehr war der weltanschauliche Trieb des deutschen Geistes «unkontrollierbaren Einflüssen überlassen».

«Deutschlands Zukunft» – so hiess ein Aufsatz Plessners von 1948. Hier äusserte der Philosoph seine Hoffnung auf eine «Föderation deutscher Staaten». Für die Vorstellung einer «Brücke zwischen den Machtbereichen» wählte Plessner den Vergleich mit der Tschechoslowakei. Die aber büsst in eben jenem Jahr durch den kommunistischen Putsch ihre Funktion als Brücke zwischen West und Ost ein.

Mit dem Ausblick auf eine föderativ aufgebaute Mitte – neuerdings wieder stärker in der Diskussion – ging es nicht um Einholen einer «Verspätung». Es wurde ja offenbar, dass ein Europa der Nationalstaaten wegen der Besonderheit des deutschen Volkes und Raumes als europäisches Ordnungsprinzip nicht genügte: «incertitudes européennes».

Zum letzten Mal schrieb Plessner über dieses Thema 1967 – im Märzheft der Zeitschrift «Merkur», unter dem Titel «Wie muss der deutsche Nation-Begriff heute aussehen?» Eine unaufhörlich umkreiste Frage, die neuerdings im Band «Die deutsche Identität» (herausgegeben von Werner Weidenfeld) und im Kolloquium «Die deutsche Frage», die in Berlin

am 26. und 27. Juni stattfand, unter vielen Aspekten beleuchtet wurde.

Die Deutschen, stellt Plessner fest, hätten gegen die «Nation» am Gedanken des «Reiches» festgehalten. Die Ansprüche der Vertriebenenverbände auf die Grenzen von 1937 nennt Plessner «nur halboffiziell erhoben, aber dennoch symptomatisch». Das gilt noch immer. Doch gerade was dieses Deutschland von einem normalen Nationalstaat unterscheidet, was es zu einem «Provisorium» mache, bekräftige eine spezifische deutsche Kontinuität. Zu der gehören freilich Brüche und Sprünge. Nunmehr gehe es um die «seelische Vorbereitung der Bevölkerung der Bundesrepublik auf das Unvermeidliche». Eine Föderation zwischen Bundesrepublik und DDR hielt Plessner für «nahezu unmöglich». Doch eine nichtverklausulierte Anerkennung dieses Zustandes würde zur Wiedergewinnung von Manövrierfähigkeit beitragen.

«Verzichtpolitik» als Abwerfen von Ballast ... «Wir haben» – stellt Plessner fest – «die Welt-Meinung für uns, wenn wir die Aufhebung der Zweitteilung fordern. Aber wie steht es mit der Welt-Neigung?» Plessner gesteht,

dass sein eigener Ausblick nicht frei von Wunschdenken sei, fügt aber hinzu: «Welche Erwägungen zur Deutschland-Frage sind heute von Wunschdenken frei?»

Die Anerkennung des anderen deutschen Staates dürfe nicht mit der Täuschung verbunden werden, «dass wir einen Systemwechsel in der DDR erreichen könnten». Das spätere Wunschdenken von «Wandel durch Annäherung» wies also Plessner von vornherein zurück. Bestenfalls hoffte er auf «elastischere Kontakte zwischen den zwei deutschen Staaten».

Vieles hat sich in vierzig Jahren verändert, doch die Struktur, die Stellung der beiden deutschen Staaten blieb seit 1949 die gleiche, auch wenn sich im westlichen Teil die Landschaft der Parteien und Bewegungen wandelte, während in der DDR nichts Vergleichbares stattfand. Da könnte man fragen, ob es nicht zunehmend «certitudes allemandes» gibt und ob nicht das intellektuelle Deutschland und die jeweilige Opposition eine Phantasie und Beweglichkeit wagen und fordern, denen die Gegebenheiten selber immer wieder die Dynamik rauben.

François Bondy

Die kulturellen Bedürfnisse

Nachdem es der Ständerat bei der Differenzbereinigung über den Genvorschlag des Bundesrates zur Kulturinitiative mit klarer Mehrheit abgelehnt hat, die erweiterte, den Initianten entgegenkommende Fassung des Nationalrates zu übernehmen,

muss die Verabschiedung dieses Geschäftes noch einmal vertagt und somit eine einjährige Fristverlängerung für die Behandlung dieses Volksbegehrens beansprucht werden. Das Parlament hatte zwar für die Beratung der Vorlage nicht allzu viel Zeit; der

Bundesrat hingegen hat sich reichlich Zeit gelassen, bis er mit seiner Botschaft herausrückte. In einer seiner letzten Sitzungen hat er nun auch beschlossen, es sei durch den Schweizerischen Nationalfonds ein nationales Forschungsprogramm durchzuführen mit dem Titel «*Kulturelle Vielfalt und nationale Identität*». Ziel dieser Forschung sei es, den auf kulturellem Gebiet tätigen Organen und interessierten Kreisen wissenschaftlich erarbeitete Grundlagen für ihre Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. Im Katalog der Fragen finden wir da etwa: Wie präsentieren sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Kantonen und Regionen? Welche Bedeutung haben Volksfeste und Bräuche? Welchen Einfluss hat die zunehmende Mobilität auf das kulturelle Leben? Diese Fragen könnten und müssten ergänzt werden. Der Ruf nach besserer Dokumentation und Information über die kulturelle Gegenwart der Schweiz ist nachgerade kein ganz neues Postulat mehr. Viel Zeit ist verstrichen, seit er laut wurde, bei leibe nicht erst am Schluss des Berichts der Kommission Clottu, aber immerhin auch dort. Seit Jahren ruht in den Schubladen des Bundesamtes für Kulturpflege ein Bericht zur Schaffung einer Schweizerischen Informationsstelle für Kulturfragen. Allmählich dämmert vielleicht die Einsicht, dass man gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts von anderen kulturpolitischen Vorstellungen auszugehen hätte als denen, die aus dem neunzehnten stammen.

Zwischen der schleppenden Behandlung der Kulturinitiative und dem Forschungsauftrag an den Nationalfonds muss nicht, aber es könnte ein

Zusammenhang bestehen. Der Gegenvorschlag des Bundesrates spricht ja in seinem ersten Absatz davon, der Bund berücksichtige bei der Erfüllung seiner Aufgabe «*die kulturellen Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung*». Kennt man sie etwa noch gar nicht? Haben etwa weder der Clottu-Bericht noch die Vernehmlassung zur Kulturinitiative, weder das Bundesamt für Kulturpflege, das bei seiner Tätigkeit ja wohl davon vor allem ausgehen müsste, noch unzählige Beobachtungen und Untersuchungen über das Kulturverhalten der Bevölkerung jene Informationen gebracht, die man notwendigerweise braucht, wenn man erkennen will, welche Massnahmen des Bundes allenfalls dringend, welche sinnvoll und welche bloss ergänzend wären, wenn die kulturelle Situation verbessert werden soll? Eigentlich müsste uns das wundern. Aber schon anlässlich des Berichts der Kommission Clottu war zu erkennen, wie schwer man sich in unserem Lande tut, die tiefgreifenden Veränderungen wahrzunehmen, die seit dem Ende des Krieges die Kulturszene, das Kulturverständnis und das Kulturverhalten ergriffen haben. Lieber sprechen die Politiker weiterhin von der kulturellen Vielfalt und von dörflichen und städtischen Kulturformen, lieber wenden sie sich mit föderalistischem Brustton gegen jede zentralistisch angehauchte Staatskultur und haben damit ja nicht unrecht. Nur reden sie eben auch weit an der veränderten kulturellen Realität vorbei. Niemand scheint zu sehen, was durch Nationalstrassen und Fernsehen, durch moderne Kommunikationstechnik und Reizüberflutung kultureller Kleinräume vollkommen anders geworden ist. Nicht

schlechter vielleicht, bleibt hinzufügen, aber anders auf jeden Fall.

Die kulturellen Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung, auch zum Beispiel der Jugend, muss man natürlich kennen, wenn man die Kulturförderung verbessern will. Und es genügt wohl kaum, ihnen durch einen Forschungsauftrag nachzugehen. Die kontinuierliche Beobachtung und Erforschung dieser Bedürfnisse ist eine Daueraufgabe. Seit Clottus Zeiten hätte man sie systematisch weiterverfolgen, hätte man ergänzen müssen, was jener Bericht gerade auf diesem Gebiet schuldig geblieben, was unbegreiflicherweise im Rahmen dieser kostspieligen Inventur versäumt wor-

den ist. Und keinesfalls dürfte, was bei Arbeiten darüber gewonnen wird, ein Forschungsbericht bleiben, sondern es müsste benutzbar gemacht werden. Es müsste in ständiger Verbindung mit den Kulturschaffenden und den Animatoren, mit den Vertretern der Volkskunst und der Erwachsenenbildung, mit Schulen und Medien fortgeführt werden, ein der lebendigen kulturellen Gegenwart dienendes Instrumentarium, das «die kulturellen Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung» registriert und Wege aufzeigt, wie wir ihnen auf allen Ebenen, privat, in den Gemeinden, in den Kantonen und im Bund besser gerecht werden könnten.

Anton Krättli

BETRIFFT: DIE BEILIEGENDE GELBE KARTE

Sie erleichtert es Ihnen, die Schweizer Monatshefte zu abonnieren, falls Sie nicht schon Abonnent sind. Sie bekommen unsere Zeitschrift dann jeweils pünktlich frei Haus geliefert.

Die gelbe Karte gibt Ihnen aber auch Gelegenheit, jemanden mit einem Abonnement zu beschenken. Jetzt, mitten im Jahr? Unerwartete Geschenke machen bekanntlich doppelt Freude. Vielen Dank.

*Schweizer Monatshefte, Administration,
Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Postfach, 8022 Zürich*
